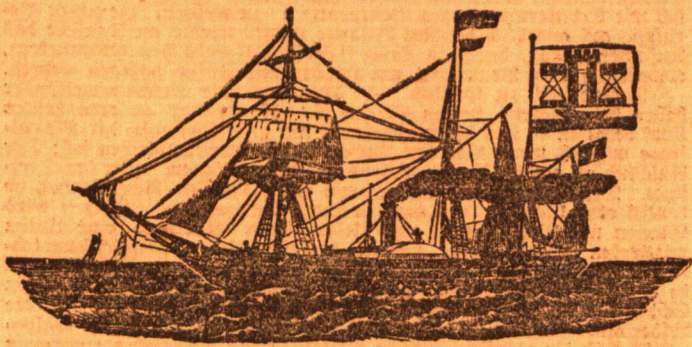


# Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung



Erscheint täglich morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis  
pränumerando 22 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 24 Mk.  
Auswärtige  
abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für  
24 Mk. pro Quartal bei freier Zustellung.  
Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr  
außer Montag und Sonnabend.  
Für Aufbewahrung und Rückendung unbenutzter eingelangter  
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.  
Die Expedition ist geöffnet:  
An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,  
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.  
Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.

Anzeigen werden für den Raum einer Kolonelle  
Spaltenbreite von Abonnenten mit 1,50 Mk.  
von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 2,00 Mk. berechnet.  
Reklamen für die Zeit 6,00 Mk., Auswärtige 8,00 Mk. die Zeile,  
bei Erfüllung von Platzvorschriften 50% Zuschlag.  
Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze  
kann nicht übernommen werden.

Etwaiger Rabatt kann im Konkursfalle, bei Einziehung des  
Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann  
verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang  
der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt  
sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.

Telephonische Anzeigen-Nachnahme ohne Gewähr für  
Richtigkeit.

Belag-Exemplare kosten 50 Pf.

Fernsprechnummern: 26 und 28.

## Beendigung der Vorarbeiten für Genua

Paris, 3. März. (Priv.-Tel.) Wie bereits gestern gemeldet,  
interministerielle Ausschuss, der die Vorarbeiten  
Genua zu erledigen hatte, seine Arbeiten beendet. Der  
Ausschuss glaubt zu wissen, dass das russische Problem  
Vordergrund der Beratungen stand. Der Ausschuss ist der  
Ansicht, dass es möglich sei, zunächst den industriellen und landwirtsch.  
Wiederaufbau Rußlands in die Wege zu leiten,  
eine Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen Rußland  
und den übrigen Staaten ins Auge fassen könne. Der Ausschuss  
glaubt, damit anzufangen, die Randgebiete Rußlands zunächst  
zu beleben, da dies zweifellos die wichtigste Aufgabe sei. Es sei  
in der Gegend von Archangelsk schon angefangen worden, wo  
die Bildung eines französisch-englisch-deutschen  
Sportunternehmens zur Ausbeutung der Forsten im  
Ural in der Ukraine will man damit beginnen, die Land-  
wirtschaft zu heben, und zwar besonders den Rinderrückenbau zu be-  
leben. Die französischen Sachverständigen empfehlen aber zunächst,  
die russischen Südrubland zu konzentrieren, und zwar be-  
sonders in der Gegend des Donetz mit den reichen Kohlen- und Eisen-  
vorkommen, ferner im Kuban mit dem Getreide und im Kaukasus mit  
Petroleum. Die Sachverständigen glauben, daß die ins Auge  
genommene Gebiete sofort mit der Ausfuhr eines Teils ihrer Produktion  
finanzieren können, da das übrige Rußland im Augenblick nicht fähig sei,  
zu übernehmen. Der „Paris-Paris“ schließt seine Ausführungen  
damit ab, daß er betont, es hänge davon ab, in welchem Maß Rußland  
Mittel unterstellen wolle.

## Weitere Verhinderung der Genueser Konferenz?

Paris, 3. März. (Priv.-Tel.) In informierten Kreisen  
man mit einer weiteren Verschiebung der Kon-  
ferenz von Genua. Während das russische Ersuchen um eine  
Verlegung des Termins keine Aussicht auf Erfolg hat,  
das Argument, daß es ungünstig sei, die Verhandlungen  
Kornwoche beginnen zu lassen, durchzusetzen. Eine Verlegung  
Zeit nach Ostern scheint gesichert. Als Termin wird der 25.  
genannt.

Ein anderes Privattelegramm teilt noch mit, daß das Außenamt  
die Note Tschitscherins, die Konferenz von Genua vor  
den 1. April zu eröffnen, überhaupt keine Antwort erteilen  
wird.

## Acta Führer der italienischen Delegation in Genua

Mailand, 2. März. Nach den neuesten Meldungen wird der  
italienische Außenminister Tittoni die italienische Abordnung für  
Genua nicht leiten, sondern der Ministerpräsident de Facta selber.  
Er sollen der Abordnung angehören der Minister des Auswärtigen  
Berio, der Finanzminister Bertoni und der Schatzminister Peano.  
Zusammenkunft de Factas mit Poincaré soll in der ersten Hälfte  
des Monats März an einem Ort der französisch-italienischen Grenze  
abgehalten werden.

## Widerstand gegen die Vertagung der Genueser Konferenz

Moskau, 3. März. (Tel.) Tschitscherin richtete an den  
russischen Minister des Auswärtigen eine Depesche, in der er sein  
Widerstand über die fruchtlose Vertagung der Konferenz in  
Genua ausdrückt und den hierfür angeführten Grund (italienische  
Verweigerung) als ungenügend erachtet. Er verweist auf die  
Verpflichtungen, die die Zusammenberufung der Delegierten oft aus  
unvermeidlichen Orten Rußlands verursacht und schlägt vor, die  
Konferenz endgültig für den 23. März einzuberufen und fordert eine  
Entscheidung drei Wochen vorher. Eine Abschrift der Depesche ließ  
Tschitscherin dem britischen Minister des Auswärtigen überreichen.

## Der Friedensvertrag und der deutsche Reichsetat

188 + 50 Milliarden Kriegslasten

Der Gesamthaushalt des deutschen Reiches für das Rechnungsjahr 1922  
betragt 265,7 Milliarden Mark. Die Aussonderung der  
Kriegslasten aus den einzelnen Abschnitten des Haushalts nach sach-  
lichen Gesichtspunkten, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit der Aus-  
gaben zu den Ressorts der verschiedenen Ministerien, ergibt folgende  
Zahlen:

	Milliard. Mark	h. Hundert d. Gesamt- summe
Allgemeine Verwaltungsausgaben	9,5	3,6
Zuschuß zu den Besoldungserhöhungen in den Büroen u. Gemeinden	2,0	0,7
Wirtschaftliche und kulturelle Ausgaben	2,3	0,9
Soziale Lasten	7,1	2,7
Polizei	1,9	0,7
Heer und Marine	4,7	1,8
Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen der Reichs- bahn u. Reichsbahn	3,2	1,2
Verzinsung der Reichsschuld	29,8	11,2
Interesse für Kriegsteilnehmer-Hinterbliebenen usw.	11,2	4,2
Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrages	188,0	70,7
Zusammen	265,7	100,0

Die gesamten Ausgaben können zusammengefaßt werden in:

	Milliard. Mark	h. Hundert d. Gesamt- summe
unmittelbar infolge des Krieges	188,0	70,7
mittelbar infolge des Krieges	50,2	18,9
übrige Ausgaben	27,5	10,4
Zusammen	265,7	100,0

## v. Jagow ersucht um das Wiederaufnahmeverfahren

\* Berlin, 2. März. Wie die Blätter mitteilen, ersuchte von  
Jagow, der gegenwärtig in Gollnow (Pommern) seine Festungs-  
strafe verbüßt, seinen Verteidiger, das Wiederaufnahmever-  
fahren beim Reichsgericht zu betreiben und übersandte zu diesem  
Zwecke dem Verteidiger entsprechendes neues Beweismaterial.

## Eine neue Regierungskrise im Reich?

### Steuerkompromiß und Zwangsanleihe

As. Berlin, 3. März. (Priv.-Tel.) Einige Berliner Blätter  
glauben heute bereits wieder von der Scheiterung des  
Steuerkompromisses und von einer neuen Krise sprechen  
zu müssen. Einmal soll die Verschärfung der Lage dadurch herbei-  
geführt worden sein, daß im Steueranschuss vom Zentrum ein An-  
trag eingebracht worden war, der die landwirtschaftlichen Genossen-  
schaften von der Umsatzsteuer befreit wissen wollte. Dieser Zwischen-  
fall ist inzwischen bereits erledigt, da in den Verhandlungen des  
Ausschusses dieser Antrag, gegen den die Sozialdemokraten die  
schwersten Bedenken hatten, heute abgelehnt wurde. Anderer-  
seits glaubt man wieder von einer Krise sprechen zu können, da ge-  
meldet wurde, daß Minister Hermes dem Kanzler ersucht habe, ihn  
von der Leitung eines der beiden von ihm geleiteten Ministerien,  
Reichsfinanz- und Ernährung, zu entbinden. Angeblich sei dieses  
Verlangen in ultimativer Form gestellt worden. Ein Berliner Blatt  
schreibt im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die  
Zwangsanleihe und spricht in diesem Sinn von einem Vor-  
stoß des Ministers Hermes gegen den Kanzler. Das ent-  
spricht aber nicht den Tatsachen, vielmehr liegen die Dinge so, daß  
das Ersuchen des Ministers Hermes schon vor 14 Tagen gestellt  
wurde. Es hat also mit den jetzigen Verhandlungen nichts zu tun.  
Es ist daher auch falsch, von irgendeiner Krise zu sprechen. Im ü-  
brigen behält nach wie vor der Eindruck, daß das Steuerkom-  
promiß zu Stande kommt, auch wenn einige Blätter sich bemühen,  
die Lage als zugespitzt hinzustellen. Die interfraktionellen Ver-  
sprechungen haben zwar noch nicht begonnen, da die Deutsche Volkspar-  
tei den Standpunkt vertritt, sich nicht eher auf Besprechungen mit  
den Regierungsparteien einzulassen, als bis sie eine offizielle Ein-  
ladung vom Reichskanzler Dr. Wirth erhält. Man nimmt an, daß  
der Reichskanzler diese Einladung erst am Montag, wenn die Sach-  
lage sich ein wenig geklärt hat, an die Deutsche Volkspartei ergehen  
lassen wird. Kritisch ist noch immer die Behandlung der  
Zwangsanleihe. Die Sozialdemokratie verlangt, daß eine  
vorläufige Veranlagung nach dem Reichsnotopfergesetz noch in diesem  
Jahr vorgenommen wird. Die Volksparteier haben jedoch Bedenken  
erhoben. Wie sich der Reichsfinanzminister Dr. Hermes dazu stellt,  
ist noch nicht ganz klar. Es heißt, daß er entgegen seiner ursprüng-  
lichen Absicht noch bereit sei, den Wünschen der Sozialdemokratie ent-  
gegenzukommen.

## Skirmunt stellt die Vertrauensfrage

\* Warschau, 2. März. (Tel.) Der polnische Außenminister  
Skirmunt stellte in der Sitzung des parlamentarischen Ausschusses  
für auswärtige Angelegenheiten ganz unerwartet den Antrag auf  
ein ausdrückliches Vertrauensvotum für seine Außen-  
politik. Er will seine Reise nach Paris und London erst antreten,  
wenn ihm das Vertrauen ausgesprochen ist. Donnerstag findet eine  
neue Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt,  
in der die Vertrauensfrage erörtert werden soll. Die innenpoli-  
tische Lage ist derzeit verwickelt, daß man nicht übersehen  
kann, ob das Verlangen des Außenministers nicht den Rücktritt des  
ganzen Kabinetts zur Folge haben wird. Die Nationaldemokraten  
verlangen eine endgültige Entscheidung, die ihren Wünschen ent-  
sprechend gegen das Kabinett ausfallen soll, wiewohl sie sich nicht ver-  
sprechen, daß die augenblickliche Lage für einen Ministerwechsel sehr  
wenig günstig sei. Jedenfalls gilt die Stellung des Kabi-  
netts Ponirowski als ziemlich erschütterter, zumal da gegen  
den Minister des Innern Domowicz wie auch gegen den Vor-  
sitzenden des Hauptlandesausschusses Dr. Jezniak erhebliche Anklagen  
vorgebracht werden. Der Sejm-Präsident hat in einer Unterredung  
mit dem Ministerpräsidenten Ponirowski den Rücktritt der beiden  
Genannten ausdrücklich verlangt.

## Ein polnisches Angebot an Litauen

Das litauische Pressebüro meldet: Die polnische Regierung  
hat der litauischen Regierung den ineffizienten Vorschlag gemacht,  
daß sie Litauen de jure anerkennen werde, wenn Litauen die  
diplomatischen Beziehungen zu Polen wieder aufnimmt.

Die litauische Regierung verhält sich ablehnend zu diesem  
Vorschlag, denn sie verharret auf dem Standpunkt, daß die diplo-  
matischen Beziehungen zu Polen erst nach der endgültigen Entschlei-  
dung der Wilnafrage aufgenommen werden können.

## Für eilige Leser

In den deutschen Verhandlungen über das Steuerkompromiß ist  
noch keine Einigkeit herbeigeführt.

Der interministerielle Ausschuss für die Vorarbeiten in Genua hat  
seine Arbeiten beendet; im Vordergrund der Beratungen soll das russische  
Problem stehen.

In französischen informierten Kreisen rechnet man mit einer weiteren  
Verschiebung der Konferenz von Genua.

Der polnische Außenminister Skirmunt stellte im parlamentarischen  
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten die Vertrauensfrage.

## Die litauischen Valutabestrebungen

Die Komwoer Presse widmet ihr Interesse den eben begonnene  
deutsch-litauischen wirtschaftspolitischen Verhand-  
lungen. Die amtliche „Litwa“ hofft, daß Deutschland die ge-  
rechten Forderungen Litauens auf Entschädigung für erlittene  
Schäden anerkennen werde. Die in Litauen kursierenden Beiträge  
deutschen Papiergeldes müßten als deutsche Anleihe bei Litauen (!)  
betrachtet und als solche verzinst werden. Ein großer Teil der  
deutschen Disfront habe jahrelang aus Litauen seinen ganzen Unter-  
halt bezogen. Außerdem seien gewaltige Mengen von Nahrungs-  
mitteln während des Krieges nach Deutschland gegangen. Anderer-  
seits habe Deutschland in Litauen manche Kulturbauten errichtet.  
Der litauische Offiziosus läßt durchblicken, daß Litauen unter Um-  
ständen bereit sein werde, die deutsche Währung im Lande zu behal-  
ten, was dem ärgsten regen Geschäftsverkehr zwischen Ostpreußen  
und Litauen nützlich sein werde.

Wie das in russischer Sprache erscheinende Komwoer „Echo“ mel-  
det, treten in den Verhandlungen der deutsch-litauischen Wirtschafts-  
konferenz folgende drei Fragen in den Vordergrund: 1. die Er-  
setzung der deutschen und der Oberostvaluta durch eine litauische,  
2. der Schadenersatz für die während des deutsch-russischen  
Krieges verursachten Schäden in Litauen und 3. der Abschluß eines  
Handelsvertrages. Litauische Kreise sind der Ansicht, daß die Han-  
delsbeziehungen mit Deutschland auf dem schnellsten Wege geregelt  
werden müssen, da nach der Genueser Konferenz die Möglichkeit  
besteht, daß Rußland auf dem europäischen Markt auftritt. In diesem  
Falle wird Deutsch-Litauen die wichtigste Verbindungsader im  
Warenmarktaustausch mit Rußland darstellen.

In Komwo scheint man noch nicht verstanden zu haben, daß die  
Belassung der deutschen Valuta in Litauen eher ein Geschenk  
Deutschlands ist, da eine eigene litauische Valuta noch viel  
niedriger stehen würde. Die gestern von uns gebrachten Aus-  
sicherungen eines rechtsprechenden Komwoer Blattes kommen der Wahr-  
heit bedeutend näher. Gold besitzt Litauen nicht, es kann  
nur eine Arbeitsvaluta haben, wie Deutschland und die  
Tschechoslowakei; alle auf die Regulierung der Arbeit bezüglichen  
Gesetze seien in Litauen jedoch den in Deutschland und der Tschecho-  
slowakei geltenden Grundsätzen entgegengesetzt. In Litauen sei  
man bestrebt, möglichst wenig zu arbeiten und mög-  
lichst viel zu verdienen.

## Die Brotpreiserhöhung in Deutschland

As. Berlin, 3. März. (Priv.-Tel.) Die sozialdemokratische  
Reichstagsfraktion beauftragte gestern ihren Vorstand, beim Reichs-  
kanzler Dr. Wirth unverzüglich wegen der sehr demütigenden  
neuen Preissteigerung des Brotgetreides vorstellig zu  
werden. Von der Regierung sollten sofort kräftige Maßnahmen ver-  
langt und u. a. gefordert werden, die Brotversorgung der wider-  
benutzten Volkskreise zu halbwegs erträglichen Preisen sicherzu-  
stellen.

## Scheidemann über die deutsche Auslandspropaganda

\* Berlin, 2. März. (Tel.) Scheidemann veröffentlicht im  
„Mittags-Abendblatt“ einen Artikel über die Aufklärungs-  
arbeit im Ausland, der sein Vortrag in Kopenhagen gewidmet  
war. Auf Grund seiner Beobachtung im Ausland beklagt Scheide-  
mann den Mangel an Propaganda durch die deutsche Presse,  
die im Ausland mit kurzen anregend gefassten Artikeln wirken  
müsse. Lange Vorträge würden nicht beachtet. Er verweist darauf,  
daß die Engländer und besonders die Franzosen in Dänemark eine  
sehr lebhafte Propaganda für die Ententepolitik und gegen die an-  
gebliche Böswilligkeit Deutschlands machen. Mit unseren bisherigen  
Methoden würde hiergegen nichts ausgerichtet. Auf den Kopenhagener  
Vortrag zurückkommend stellt Scheidemann fest, daß die Behauptung  
englischer und französischer Blätter, er habe in Kopenhagen die  
Allein Schuld Deutschlands am Krieg zugegeben, eine Fälschung sei.

## Unerwarteter Tod des Berliner Schweizerischen Gesandten

\* Davos, 2. März. (Tel.) Am Donnerstagabend ist, wie die  
„Schweiz. Dep.-Ag.“ meldet, der schweizerische Gesandte in Berlin,  
Minister Alfred von Planta, der von Verdrigung seines  
Sohnes hierher gekommen war, an Lungenentzündung ge-  
storben. Die Leiche wird am Freitag nach Reichenau übergeführt.

## Unklare politische Lage in England

\* London, 3. März. (Tel.) Die politische Lage bleibt un-  
klar. Viele führende Politiker machten ihre Verabredungen für  
das Ende der Woche rückgängig und blieben in London. Das Inter-  
esse richtet sich jetzt auf die Rede, die Chamberlain heute abend  
in Oxford halten wird, in der er, wie man erwartet, die Lage der  
Koalition vom Koalitionsstandpunkt betrachten wird. „Daily Chro-  
nicle“ sagt: Viel hänge von dieser Rede ab, der es vielleicht gelingen  
werde, die Reihen der Koalition wieder zu schließen und die gegen-  
wärtige Krise zu beseitigen. In politischen Kreisen herrschte  
gestern den ganzen Tag über rege Tätigkeit. Zwischen einflussreichen  
Mitgliedern der verschiedenen Gruppen fanden wichtige Besprechungen  
statt, doch wurde der Ernst der Lage in keiner Weise gemindert.  
Nobis George erwiderte kurze Zeit im Unterhaus. Von zukünftiger  
Seite wird erklärt, daß die unionistischen Minister sowohl vom inter-  
nationalen wie vom nationalen Standpunkt aus die Aufrecht-  
erhaltung der Koalition für unbedingt notwendig halten.







Erlebnisse deutscher Wolgastflüchtlinge

Berlin traf dieser Tage eine Gruppe von deutschen Kolonisten, die aus den russischen Hungerdickruten geflohen sind.

Man nahm den Vieh, den größten Teil des Saatgetreides und die meisten der anderen Vorräte mit sich.

Die letzten gefallenen Akteure ab. Da man weder Karbonat noch irgendwelche anderen Nahrungsmittel besaß.

Halbes Jahr lang ging es zu Fuß durch die Provinzen des riesigen Reiches.

Des Nachts dann packte man auf und schloß sich von dannen. Die Besätze holperten und klackerten die drei Familien.

Dem Tagern sie, wie die „Post. Ztg.“ schreibt, noch vollkommen fassungslos in der deutschen Reichshauptstadt und warten darauf, in ein Heimkehrerlager übergeführt zu werden.

Politische Rundschau

Die Heereskräfte in Europa. Eine interessante Zusammenstellung der Heereskräfte der heutigen europäischen Staaten.

Berichtszeitung

Die Störung einer kirchlichen Trauung vor Gericht. Der Kaufmann H. ließ sich am 28. Oktober v. J. im Dom zu Königsberg trauen.

Der Vorsitzende der U. S. P. D. in Rudolfsdorf wegen Betruges verurteilt. Blättermeldungen aus Halle zufolge ist in Rudolfsdorf der Vorsitzende der U. S. P. D. August Eitling wegen Betruges und Unterschlagung zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Knochenbrechers Ende. Der eigenartige Fall, daß ein schwedischer Verfahrer wegen Totschlägers nicht beschuldigt werden kann, weil die Entlastungszeugen aus Furcht vor der Rache der Freunde des Verdächtigten nicht auszusagen wagen.

Memelgau und Nachbarn

Die Vogelwarten Rositten und Helgoland

Königsberg, 28. Februar. Besten Sonntag hielt der Leiter der Vogelwarte Rositten, Professor Dr. Thienemann, im Gebäudefaal der Stadthalle einen Vortrag über die beiden Zentren der Vogelzugsforschung Helgoland und Rositten.

Königsberg, 28. Februar. [Von der Universität.] Die Zahl der Studierenden an der Albert-Ludwigs-Universität ist auf etwa 1900, gegenüber 2800 im Sommersemester.

Wing, 1. März. [Von der Handelskammer.] Innerhalb der Handelskammer besteht zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Kreise Heiligenbeil, Mohrungen und Pr.-Golland ein „Kaufmännischer Ausschuss“.

Marienburg, 1. März. [Der Gipfel der Schamlosigkeit.] Die „Märkische Post“ schreibt: Von einer Seite, die sich durch ihre Bestrebungen zu Landwirtschaft und Handel bisher stets gut unterrichtet zeigt, wird uns Mitteilung über das Gebären einer hiesigen Getreidefirma gemacht.

Im Eismeer

Secretoman von Clark Russell

Wagen; wenn eine dieser Wellen uns mit voller Gewalt gegen jene weiß schimmernden Angetüme schleuderte, waren wir verloren.

Wagen; wenn eine dieser Wellen uns mit voller Gewalt gegen jene weiß schimmernden Angetüme schleuderte, waren wir verloren.

Hand wie verneint stehen bleiben ließ! Ich horchte... und sprang die Kajütentreppe empor.

